

Titel: Ökolandbau auf städtischen Flächen,
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	11.05.2021
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
-----------------------	---------------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, dass auch auf den stadt eigenen landwirtschaftlichen Flächen Stralsunds das europäische Ziel von mindesten 20 Prozent Ökolandbau zu verfolgen ist.

Dafür ist durch den Oberbürgermeister zu prüfen, welche Mittel und Wege dafür geeignet sind, die Marke zu erreichen.

Begründung:

Deutschland hat es sich in seiner nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 mindestens 20 Prozent seiner landwirtschaftlich genutzten Fläche auf den ökologischen Landbau umzustellen. Die europäische Union geht in ihrer Farm-to-Fork-Strategie, welche unter anderem von der CDU-Agrarministerin Julia Klöckner propagiert wird, noch weiter, indem hier mindestens 25 Prozent Ökolandbau bis 2030 gefordert werden.

Aus den bisherigen Anfragen in der Bürgerschaft ging hervor, dass aktuell noch 0 Prozent der städtischen Flächen ökologisch bewirtschaftet werden und einziges Kriterium für die Vergabe von Pachtflächen die langjährige Zusammenarbeit und die Höhe und fristgerechte Zahlung des Pachtzinses ist.

Doch gerade bei kommunalen Flächen sollte mit gutem Beispiel vorangegangen und dem ausdrücklichen Wunsch der Bevölkerung nachgekommen werden, den Ökolandbau zu fördern und damit einhergehend für den Anbau von regionalen, gesunden und giffreien Lebensmitteln zu sorgen.